

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zzgl. b. Zerstellgebühren. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 14. Fernruf: F 7 Jannowitz 4909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 279 B

BERLIN • Sonnabend, den 24. Dezember 1932

1 JAHRGANG

Milliarden, Millionen, Brücken und ein Kommissar.

Rpt. Die Verhandlungen über die Arbeitsbeschaffungspläne dauern noch an. Gereke, der schon vor seiner Berufung in das Amt des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung nicht an mangelnder Redseligkeit litt, konnte es sich nicht versagen, im voraus vor Pressevertretern seine Pläne wenigstens teilweise zu entwickeln. Die Papien-Methode, Regierungsmaßnahmen mehrfach reklamenmäßig anzukündigen, ist also noch voll im Schwung.

Grobzünftig klingt Gerekes Feststellung: Auf Grund der Verhandlungen mit der Reichsbank lasse sich sagen, daß sich das Sofortprogramm im Rahmen der vom Reichsbankpräsidenten Luther in seiner Münchener Rede enthaltenen Ausführungen über die

Kreditausweitungsmöglichkeiten bis zu 2,7 Milliarden Mark

halten werde. Innerhalb dieses Rahmens werde das Sofortprogramm durchgeführt werden. Für die ersten Maßnahmen komme ein Betrag von rund 500 Millionen Mark in Frage.

Die „Nationalliberale Correspondenz“ gibt zu Gerekes Jonglieren mit großen Zahlen die folgende, wohl richtige ~~Rechnung~~ **Zusammenfassung** der 2,7 Milliarden-Rechnung: „Die Münchener Rede sprach von dem Regierungsprogramm zur Belebung der Wirtschaft, das unter dem Reichskanzler von Papen aufgestellt wurde und 2,7 Milliarden Mark umfaßte. Davon beliefen sich 1500 Millionen auf die Steuergutscheine, die zu einem Kreditinstrument von hoher Ausnutzbarkeit gemacht werden sollen. Weitere 700 Millionen bleiben für die öffentliche Arbeitsbeschaffung bereitgestellt, die zur Hälfte auf Reichsbahn und Post entfallen, die andere Hälfte ist für Wasserbauten, Straßenbauten, Siedlungen usw. vorgesehen. Der dritte Teil des Programms erstreckte sich auf die 700 Millionen Mark Einstellungsprämie innerhalb der privaten Wirtschaft. Auch dieser Betrag oder ein Teil von ihm sollte für die öffentliche Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Wenn man von den 1500 Millionen der Steuergutscheine die 200 Millionen für die Beförderungssteuer der Eisenbahnen abzieht, ergibt sich so die Gesamtsumme von 2,7 Milliarden Mark. Davon denkt der Reichskommissar diejenigen Summen zu mobilisieren, die zu einem

Sofortprogramm von 500 Millionen Mark notwendig sind.“

Die Mitteilung Gerekes, daß die 500 Millionen Mark in der Papen-Summe bereits enthalten sind, hatten wir fast erwartet. Wir schrieben gestern, allzu vorsichtig, die folgende Mahnung: „Man wird aufpassen müssen, ob nicht bereits anderweit bewilligte Arbeiten nach bewährtem Rezept nun nochmals gezählt werden.“ Diese Warnung muß sich also anscheinend auf die gesamte Summe beziehen. Daß es sich nicht um neue Beträge handelt, spricht für Gerekes Plan, aber gegen seine Reklametätigkeit.

Über die Art der sofortigen Beschaffung jener alten 500 Millionen, also über das eigentlich Interessante, hat Gereke sich vorläufig ausgesprochen. Er hat zum Schluß seiner Ausführungen den Pressevertretern nur erklärt, daß für das Sofort-Programm auch die notwendigen Mittel sofort bereit ständen.

Den Traum von zinslosen Krediten hat Herr Gereke — wohl dank freundlicher Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten — ausgeträumt. Dafür plant er die

Verbilligung von Krediten durch Reichszuschüsse; und zwar will er die Kreditbedingungen für solche Arbeiten, die keine Rente abwerfen, besonders günstig gestalten. An was für Arbeiten denkt er dabei?

Unter den Arbeitsbeschaffungsobjekten hat offenbar jeder Verfechter künstlicher Arbeitsbeschaffung sein besonderes Steckenpferd. Das des Herrn Gereke sind neben Hausreparaturen anscheinend Brückenbauten. Für sie bricht er eine besondere Lanze. Brücken sind in der Tat vielseitig verwendbar: Man kann auf ihnen spazieren gehen, namentlich wenn man als Arbeitsloser Zeit dazu hat; man kann bei Regen unter ihnen Schutz suchen, namentlich wenn man als Arbeitsloser weder einen regendichten Mantel noch einen Schirm hat u. a. w. — Doch im Ernst — und was hier gespielt wird, ist in der Tat ernst —: Kommt Herr Gereke, der ausdrücklich sagt,

Fehlinvestitionen dürften selbstverständlich nicht vorkommen.

84 Milliarden für 24 Millionen Erwerbslose.

Das internationale Arbeitsamt veröffentlicht bemerkenswerte Einzelheiten aus dem großen Bericht über die internationale Arbeitslosigkeit, der soeben sämtlichen Regierungen als Grundlage für die am 10. Januar beginnende internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übermittelt worden ist.

Der Bericht geht von der Feststellung aus, daß in den letztvergangenen Jahren die Arbeitslosigkeit ausnahmslos in allen Ländern, vor allen Dingen aber in den großen Industriestaaten, stark gestiegen sei und bereits ein Viertel, in einigen Ländern sogar ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft umfasse.

Die Not dieses Winters werde alles übersteigen, was in diesem Jahrhundert schon erlebt worden sei.

Aus den Untersuchungen ergebe sich, daß in den meisten Staaten im Laufe der letztvergangenen zwei bis drei Jahre die ~~Unterstützungen~~ **Unterstützungen** sich verdreifacht und vervierfacht hätten.

Eingehend untersucht der Bericht die Belastung der Haushalte der einzelnen Staaten durch die Unterstützung der Arbeitslosen und macht hierüber folgende Angaben:

In Belgien sind die Unterstützungen für die Arbeitslosen von 32 Millionen im Jahre 1930 auf 356 Millionen Franken im Jahre 1931 gestiegen.

In Deutschland stiegen die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung von 1151 Millionen im Jahre 1928 auf 2973 Millionen Mark im Jahre 1931.

In England betragen die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1925 noch 51 Millionen Pfund. Sie stiegen im Jahre 1930/31 auf 101 Millionen Pfund, um nach den Schätzungen des englischen Arbeitsministeriums für das Jahr 1932/33 eine Höhe von 120 Millionen Pfund zu erreichen.

In Italien sind die Haushaltsbeträge für die Unterstützungen der Arbeitslosen auf das Vierfache gestiegen, und zwar von 33 Millionen Lire im Jahre 1924 auf 115 Millionen Lire im Jahre 1930.

In Polen und Holland haben sich die Arbeitslosenunterstützungen vervielfacht.

AUS DEM INHALT:

Arbeit an der Stempelstelle.

Was will die Ciamac?

Der Krieg gegen die „Roten“ in China.

Sowjet-Finanz, Sowjet-Banken.

Die katholische Wetterfahne.

Rechts und links vom Fahrdamm.

In der Schweiz betragen die Arbeitslosenausgaben im Jahre 1925 2,6 Millionen und im Jahre 1931 37 Millionen Franken.

Der Bericht stellt ausdrücklich fest, daß in diesen Zahlen die **Unterstützungen nicht eingeschlossen sind**, die die Arbeitslosen von Versicherungsgesellschaften und privaten Verbänden erhalten haben. Die Belastung der Staats- und Stadthaushalte durch die Arbeitslosenunterstützungen sei gerade in einem Augenblick eingetreten, wo infolge der Steuerausfälle bereits außerordentliche Verluste zu verzeichnen waren. Der infolge der Arbeitslosigkeit eingetretene Lohnrückgang sei eine der ersten direkten Ursachen des fortgesetzten Preissturzes. Die Unfähigkeit eines großen Teils der Arbeiterschaft, die notwendigen Anschaffungen zu machen, wirke lähmend auf die Industrie und die Landwirtschaft. Die Lage sei besonders in den großen und reich bevölkerten Staaten ernst.

Nach Untersuchung der Arbeitslosigkeit in 24 Ländern wird festgestellt, daß die

Unterhaltung von 24 Millionen Arbeitslosen bisher rund 84 Milliarden Mark gekostet

habe. Die außerordentlich kritische Lage führe nach dem Bericht zwangsläufig zu der Erörterung der

Frage, ob nicht eine allgemeine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit notwendig sei.

Polizei gegen hungernde Jugend.

Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, sind in den Orten zwischen Hamburg und Berlin größere Schupoaufgebote eingetroffen, die gegen die im Anmarsch befindlichen Kolonnen der Tittelbrüder und jungen Erwerbslosen vorgehen sollen. Das paßt so richtig zu diesem Staate. Erst setzt man die Jugendlichen auf die Straße und sorgt so ungenügend für sie, daß sie ein unausdenkbar jämmerliches Hungerdasein führen müssen und aus dem Frieren nicht herauskommen, und wenn sie sich dann auf ihr Menschenrecht besinnen, ihr bißchen Mut, das ihnen verblieb, zusammenzuraffen, und ihre Sache selber in die Hand nehmen, dann rufen alle bürgerlichen Blätter vom Schlage einer „Berliner Börsen-Zeitung“ Zeter und Mordio und schreien nach dem Polizeiknüppel. Und die Polizei reagiert denn auch prompt auf solche Wünsche und bemüht sich auf ihre Weise, den „Frieden auf Erden“ wieder herzustellen. Ist dieses Verfahren auch nicht „allen Menschen

ein Wohlgefallen“, so doch wenigstens der herrschenden Klasse.

Hungermarsch nach Nauen aufgelöst.

Am Mittwoch nachmittag löste die Landjägerschaft einen Zug von mehreren hundert Erwerbslosen aus dem Kreis Osthavelland auf, die nach Nauen marschieren wollten, um dort den Landrat zu sprechen.

Die englischen Gewerkschaften gegen Winterhilfe-Almosen.

Die englische Regierung hat die Gewerkschaften aufgefordert, zusammen mit sozialen Privatorganisationen an der Anarbeitung eines Winterhilfswerks zu arbeiten. Der Gewerkschaftsrat hat dieses Ersuchen abgelehnt, da die vorgeschlagenen Maßnahmen Werke der Barmherzigkeit seien, die Arbeitslosen aber keine Barmherzigkeit, sondern ihr Recht wollten.

auch nicht von fern der Gedanke, daß die deutsche Bevölkerung ganz andere Dinge braucht als neue Brücken und daß selbst die von ihm genannten Hausreparaturen nicht das Wichtigste sind? Brücken gehören ja gewiß auch nach Ansicht von Herrn Gereke zu den „Bedarfsgegenständen“, die keine Rente abwerfen. Warum zieht er dann nicht wenigstens die Konsequenz und läßt mit öffentlichen Mitteln solche Gegenstände produzieren, die zwar auch keine Rente

abwerfen, aber doch den Vorzug haben, dringend notwendig zu sein? Und warum stellt er statt Brücken zum Spazierengehen den Arbeitslosen nicht notwendiger Güter kostenlos zur Verfügung? Langjährig Arbeitslose könnten ihm sicher eine lange Liste vorlegen.

Herr Gereke will zwar Brücken bauen. Aber — soweit man bisher sehen kann — Brücken zu einer besseren Konjunktur baut er nicht.

Die Regierungserklärung von Paul-Boncour.

Am Donnerstag nachmittag traten Senat und Kammer zusammen, um die Regierungserklärung des Kabinetts Paul-Boncour zu hören, die in der Kammer von dem Ministerpräsidenten selber, im Senat vom Justizminister verlesen wurde.

Die Regierungserklärung enthält nichts Neues. Es wird festgestellt, daß die neue Regierung die Politik ihrer Vorgängerin fortzusetzen gedenke, daß vor allem das Budget ausgeglichen werden müsse, und daß die Regierung sich vor Ende des Jahres damit begnügen würde, das erste Zwölftel des neuen Budgets einzubringen, worauf im Januar ein weiteres Zwölftel folgen wird, das schon einen Teil der neuen Sparmaßnahmen enthalten soll.

Übergehend auf außenpolitische Fragen wird in der Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß die Kriegsschuldenfrage im Sinne des Kammerentschlusses vom 12. Dezember behandelt werden wird, d. h. daß die Dezemberrate der französischen Kriegsschulden nicht gezahlt wird. Die Fühlungnahme mit Washington sei glücklicherweise aufrecht erhalten worden. Washington habe ernste Anstrengungen gemacht, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, und die Regierung sei von dem Wunsche besetzt, fruchtbare Verhandlungen mit den USA zu führen.

Im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz heißt es unter Bezugnahme auf das Genfer Fünf-Mächte-Abkommen, die französische Regierung werde darüber wachen, daß man aus der loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung innerhalb der gleichen Pflichten und innerhalb einer positiven Organisation internationaler oder wenigstens europäischer Sicherheit nicht etwa Schlußfolgerungen ziehe, die zu einer Aufrüstung führten, die mit den Zwecken der Abrüstungskonferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbar wären.

In der Kammerdebatte, die auf die Verlesung der Regierungserklärung folgte, wurde Paul-Boncour von Oberst Fabry, dem reaktionären ehemaligen Kriegsminister, besonders wegen seiner Haltung zur Abrüstung scharf angegriffen. Er forderte die Veröffentlichung der französischen Geheimdokumente, aus denen die Verstöße Deutschlands gegen die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags hervorgehen.

In seiner Antwort erklärte Paul-Boncour, daß sein Programm darauf eingestellt sei, dem Willen der am 8. Mai gewählten Mehrheit zu entsprechen. Er habe den Sozialisten die Mitarbeit an der Regierung nicht nur aus Höflichkeit angeboten, sondern weil er eine Zusammenarbeit gewünscht habe.

Die von den Sozialisten geforderten Reformen könnten lediglich aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden.

Léon Blum nahm zu der neuen Regierung sehr freundlich Stellung. Die Sozialisten seien froh, daß der neue Ministerpräsident aus der Schule der SP hervorgegangen sei (aus der er wegen Disziplinbruches vor einem Jahr ausgeschlossen worden ist!). Die Sozialisten empfinden gegen Paul-Boncour keinen Groll, er flüße ihnen im Gegenteil mehr Stolz ein als Bitterkeit!

Folgendes Vertrauensvotum wurde dann mit 379 gegen 166 Stimmen angenommen:

Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut, daß sie die Friedenspolitik, die Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung, des Schutzes der Landwirtschaft, des sozialen Fortschritts und der durch die allgemeinen Wahlen geforderten Laienschule betreiben werde.

Einigungsvorschlag darin bestünde, daß die persische Regierung statt 16, 24 Prozent der Gewinne der Anglo-persischen Oelgesellschaft erhält, daß die persische Regierung an der Geschäftsführung der Gesellschaft beteiligt wird, und daß die Gesellschaft zur Zahlung von Steuern verpflichtet wird.

Kein Lichtblick im Gran-Chaco-Streit.

Unter der Spitzmarke „ein Lichtblick“ hatten wir vor wenigen Tagen über einen Schlichtungsvorschlag zum Gran-Chaco-Streit berichtet, der den streitenden Parteien Bolivien

und Paraguay annehmbar zu sein scheint, hatten aber die gegenüber derartigen Meldungen angebrachte Vorsicht angemeldet. Dieses Mißtrauen hat sich rasch als berechtigt erwiesen.

Paraguay hat am Donnerstag dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß es den Vermittlungsvorschlag des neutralen Ausschusses ablehne. Grund: Bolivien (der Angreifer in dem Streit um den Gran Chaco) solle nach dem Vermittlungsvorschlag zwei Drittel des Gran-Chaco-Gebietes mit seinen Truppen besetzt halten. Paraguay verlangt demgegenüber vollständige Räumung des Chaco-Gebietes durch die bolivianischen Truppen, Entwaffnung dieser Truppen und Feststellung der Kriegs-Urheber.

Bolivien hat erklärt, es nehme den Vermittlungsvorschlag grundsätzlich an.

Der neutrale Ausschuss hat dem Generalsekretär des Völkerbundes erklärt, daß er seinen Vermittlungsvorschlag aufrecht erhalte.

Die deutsche Rechtspreße, immer bestrebt, die deutsche Öffentlichkeit darüber „aufzuklären“, welche Erfolge man in der Außenpolitik mit frecher Gewalt erreichen könne, stellt triumphierend nur das Eine fest, daß „der Völkerbund somit bisher in Südamerika ebenso erfolglos geblieben sei wie im Fernen Osten“. Auch ein Beitrag zu dem Thema

„Deutsche Schuldige zu dem nächsten Krieg!“

Denn der Appell an die bloße Gewalt ist die offensichtliche Tendenz, die aus der außenpolitischen Berichterstattung jener Presse hervorleuchtet.

Todesurteile gegen Ukrainer.

Mit drei Todesurteilen wurde am Dienstag der Prozeß vor dem Lemberger Ausnahmegericht gegen vier Ukrainer, Mitglieder einer geheimen ukrainischen Militärorganisation, beendet. Die Angeklagten Danylyszyn, Bilas und Zurakowski wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Sache des vierten Angeklagten Kossak wurde dem gewöhnlichen Gericht überlassen. Die drei zum Tode Verurteilten waren des Raubüberfalles auf das Postamt Grodek bei Lemberg angeklagt. Den Überfall haben sie, ihren Aussagen gemäß, auf Befehl ihres Geheimbundes als Terrorakt zu dem Zweck vollführt, für die Organisation Geld zu beschaffen. Das Gericht versuchte, den Angeklagten noch einen Mord zu unterstellen, dessen Aufklärung bisher nicht gelungen ist. Vielleicht waren sich die Richter selber darüber klar, daß drei Todesurteile eine schwer zu rechtfertigende Strafe für einen politischen Raubüberfall sind. Es konnten jedoch keine Beweise dafür erbracht werden, daß die Angeklagten an irgend welchen anderen Verbrechen beteiligt gewesen sind.

Das belgische Regierungsprogramm.

Die belgische Regierung veröffentlichte am Donnerstag eine Erklärung, deren hauptsächlichster Inhalt der ist, daß scharfe wirtschaftliche Maßnahmen, auch Steuern, zur Ausbalancierung des Budgets notwendig seien, daß aber Sicherheit der Kapitalien und Freiheit der Wechselkurse garantiert würden (die Herren Kapitalisten mögen also unbesorgt sein!). Revolutionäre und separatistische Bewegungen hingegen sollen aufs Schärfste bekämpft und die „Beschimpfung der Nationalflagge“ wird bestraft werden.

Vertagung der Schuldenfrage.

Da der zukünftige amerikanische Präsident Roosevelt sich geweigert hat, sich mit Hoover über die Haltung seiner Regierung zur Kriegsschuldenfrage zu einigen, hat Hoover eingesehen, daß seine nur noch bis zum 1. März im Amt bleibende Regierung in dieser Frage nichts unternehmen kann. Die Bildung einer Schuldenkommission ist nicht erfolgt, weil die Demokraten sich geweigert haben, daran teilzunehmen. Hoover hat seinen Telegrammwechsel mit Roosevelt über die Schuldenfrage veröffentlicht und erklärt, daß er nur noch die laufenden Geschäfte erledigen werde.

Auslandsstimmen zu Neuraths Artikel.

Zu dem Artikel über die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, den Reichsaussenminister von Neurath im „Heimatsdienst“ veröffentlicht hat, wird in der französischen Rechtspreße in dem Sinne Stellung genommen, daß man an der Befriedigung der deutschen Regierung mit dem Genfer Abkommen erkennen könne, wieviel Frankreich von seinen Forderungen aufgegeben habe. In dem italienischen „Giornale d'Italia“ ist Neuraths Aufsatz im Wortlaut auf der ersten Seite abgedruckt worden. Er ist der Berliner Redaktion des Blattes direkt vom „Heimatsdienst“ zugestellt worden. Auch andere italienische Blätter berichten ausführlich über den Artikel.

Persischer Vorschlag zur Beilegung des Oelkonflikts.

Die persische Regierung hat beschlossen, eine Abordnung nach Genf zu entsenden, die dort den persischen Standpunkt in der Frage der englischen Oelkonzession vertreten soll. Die persische Regierung hofft jedoch, ein Eingreifen des Völkerbundes in den Konflikt dadurch verhindern zu können, daß sie sich in direkten Verhandlungen mit der britischen Regierung einigt. Aus Teheran wird gemeldet, daß der neueste

Der Krieg gegen die „Roten“ in China.

Rekruten zum Kampf gegen Kommunisten.

A. B. Die in Schanghai erscheinende deutsche Zeitschrift „Chifa-Dienst“ bringt in ihrer Nummer vom 1. Oktober 1933 einen Bericht aus der Provinz Kwangtung, dem ich folgende anschauliche Schilderung entnehme:

„In den Autos, auf der Bahn und auf Fahrten im Boot begegnet man Vielen, die arbeitslos wurden und die nun neue Arbeit, vielfach auf ganz vage Gerüchte hin, in fremden Gegenden suchen. Von diesen Arbeitslosen wurde mancher gefangen, in die Truppe gesteckt, zusammen mit anderen, die etwas auf dem Kerbholz hatten. Die Polizei war froh, auf solche Art und Weise Elemente loszuwerden, die den öffentlichen Frieden störten. Die Rekrutierung für die im Norden der Provinz gegen die Kommunisten kämpfenden Truppen schien den Beteiligten eine sehr unangenehme Arbeit. In einem Marktflecken, durch den ich kam, umstellte man im Morgengrauen die Uebernachtungshäuser, Herbergen, und band die mit Stricken, die nicht im Distrikt oder Kreise beheimatet waren. In einem andern fing man die „Nachtföhler“ (kleine Gewohnheitsdiebe) und wartete dann am Markttage auf die, die über die Kreisgrenze kamen, um Geflügel und Gemüse zu Markte zu bringen. Diese armen Träger waren stark verwundert, wenn sie plötzlich an Hals, Brust und Armen einen starken neuen Hanfstrick spürten. So zogen lange Reihen Gefesselter zur Bahn, um als Lastträger oder Rekruten gegen Kommunisten Verwendung zu finden. . . .“

„Rote“ Führer sind unerschlagbar.

Als Ergänzung bringe ich ein Telegramm der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur (Kuo Min) vom 8. Oktober aus Hankau, dem jetzigen Hauptquartier des zentralchinesischen anti-kommunistischen Feldzugs:

„Nach Anordnung des Generals Chiang Kai-Shek, des Oberbefehlshabers der Anti-Räuber-Truppen in den Provinzen Honan, Hupeh und Anhui, sollen drei Methoden für die Behandlung „roter“ Gefangener angewandt werden. Sie sind entweder zu erschließen oder unter Aufsicht zu stellen oder als Lohnarbeiter hinter der Front zu verwenden. Gemäß den Bestimmungen sind die Gefangenen in drei Gruppen zu teilen und dem Befehl entsprechend zu behandeln. Bestätigte „rote“ Führer, gegen die Beweise vorliegen und die gerichtlich verurteilt worden sind, werden hingerichtet. Diejenigen, die durch drei Zeugen aus Familien- oder Dorfältesten nachweisen können, daß sie gezwungen worden sind, in die Reihen der „Roten“ einzutreten, werden unter die Aufsicht der örtlichen Behörden gestellt. Endlich sollen diejenigen, die zwar willens sind, ein neues Leben anzufangen, aber nicht in der Lage sind, die verlangten Zeugen beizubringen, in Gruppen organisiert werden, um hinter der Front als Lohnarbeiter verwendet zu werden. Es heißt, daß General Chiang streng verboten habe, die „Roten“ für die Armeo zu rekrutieren.“

Diesem Telegramm ist hinzuzufügen, daß die „Lohnarbeit“ wohl eine Art Zwangsarbeit sein wird, und daß jene „Gerichte“ vermutlich nach den Methoden von Feldgerichten „arbeiten“ werden.

Rechts und links vom Fahrdamm.

Die Fahrradwache.

„Sie, — Sie, — soll ich auf ihr Rad aufpassen? Es kost' nur 2 Pfennig.“ Erstaunt sehe ich mich um. Ein kleiner Junge, etwa acht bis neun Jahre alt, stürmt auf einen Radfahrer zu, der sein Fahrrad an den Rand des Bürgersteigs stellen will. „Sie, lassen sie mich doch aufpassen“, fleht der Kleine. Der Radfahrer ist zufrieden, schließt aber vorsichtshalber sein Rad an. Er kann nicht wissen, ob das nicht ein neuer Trick einer Diebesbande ist. In der Stadt werden täglich 30 bis 40 Fahrräder gestohlen. Der Mann verschwindet in dem großen Kaufhaus. Der Junge hält die Lenkstange des Fahrrades fest umklammert. Er freut sich, daß er das Rad bewachen darf, und seine Hände öffnen sich erst wieder, als der Mann nach 20 Minuten wiederkommt und ihm einen Fünfer in die Hand drückt.

Andere Radfahrer kommen. Viele lehnen prob ab, wenn der Kleine seine Dienste anbietet. Einige geben ihm aber doch ihr Fahrrad in Verwahrung. Als er wieder eine Weile kein Arbeit hat, fange ich ein Gespräch mit ihm an. Bereitwillig und ohne Scheu antwortet er. Er steht heute zum erstenmal an diesem Platz. Sonst war er immer an einem Postamt. Dort war aber die Konkurrenz zu groß und die größeren Jungen haben ihn immer geschlagen, um ihn zu vertreiben. Er hat dort wenig verdient, nur 15 bis 20 Pfennige an einem schulfreien Tag. Heute hat er in zwei Stunden schon 21 Pfennige. Das Geld gibt er der Mutter. Er will nichts davon haben. Die Mutter hat ihm aber doch schon dreimal einen Fünfer gegeben, wofür er sich etwas kaufen soll. Er mag aber nicht und hat die 15 Pfennige noch. Stolz holt er sie aus einer Tasche seiner verlickten aber

sauberen Hose. Heute gibt er sie aus. Er will ein Pfund Tomaten kaufen und sie mit nach Hause nehmen. Zu Hause sind sie sieben. Vater ist schon vier Jahre arbeitslos und noch krank dazu. Er ist der älteste Sohn.

Gerne hätte ich noch mehr erfahren, aber neue Kundschaft kommt und der Kleine muß bedienen. Und was noch schlimmer ist, es haben noch zwei andere Jungen und ein kleines Mädel Konkurrenzunternehmen aufgemacht.

Die Blumenfrauen.

Im Stadtzentrum ist das Feilhalten von Blumen verboten, für den, der sich nicht den Luxus eines festen Standes mit sehr hoher Miete leisten kann. Das sind aber die Plätze, wo die besten Geschäfte zu machen sind. Es ist daher verständlich, wenn das Verbot übertreten wird. Tag für Tag kann man an einigen Stellen der Stadt einen dauernden Kleinkrieg zwischen Blumenfrauen und Polizei beobachten. Vor dem Kaufhaus Tietz ist besonders viel Verkehr und deshalb ein gutes Arbeitsfeld für Blumenfrauen. Aber in der Nähe ist auch ein Revier, und die Polizei muß streng darauf achten, daß der Verkehr vor Tietz nicht gestört wird. Aber die Blumenfrauen wollen verkaufen, um etwas zu verdienen. Kaum ist die Polizeipatrouille, die alle paar Minuten vorbeikommt außer Sicht, da tauchen auch schon aus allen möglichen Schlupfwinkeln Frauen auf mit großen Körben voll Blumen. „Sträußchen Rosen, Nelken gefällig? Zwanzig Pfennige nur.“ Den Verkehrslärm fast überhörend, schwirren fünf, sechs Stimmen durcheinander. Doch nicht lange. Schon kehrt die Polizei zurück. Husch, husch sind die Blumenfrauen in ihren Verstecken verschwunden. Aber es geht nicht immer so. Obwohl sie schon Übung haben im Entdecken von Polizisten, werden sie doch oft überrascht. Dann setzt es harte Strafen. Die Blumen werden beschlagnahmt und sind damit verloren, außerdem erhalten die Frauen noch

recht hohe Geldstrafen. Obwohl die meisten schon des öfteren bestraft wurden, lassen sie sich nicht davon abbringen, immer wieder zu diesem Ort zurückzukommen und ihre Ware anzubieten.

Man muß den Mut und die Ausdauer dieser einfachen Frauen in diesem nervenzerschütternden, aufregenden Kleinkrieg mit der Polizei bewundern. Derselbe Mut und dieselbe Ausdauer bei jedem klassenbewußten Arbeiter — und um die Arbeiterbewegung und den Sozialismus würde es wahrscheinlich anders stehen!

„Seppel hat die besten Äppel!“

Ein charakteristisches Bild unserer Stadt am Main sind die „wilden“ Straßenhändler. Keine Angst, die „Wilden“ beißen nicht, sie haben nur keinen festen Standplatz und meist auch keinen Gewerbeschein. Die Polizei macht Jagd auf die „Wilden“, mit wenig Erfolg. Die „Wilden“ stellen nämlich Warner an die Straßenecken, die rechtzeitig ankündigen, wenn die Luft dick wird. Dann geht's, hoidi, ab. Manchmal vergessen sie dabei, von dem verdutzten Käufer das Geld zu verlangen. Die Bevölkerung kauft sehr gern bei diesen Straßenhändlern. Sie sind mit ihrer Ware, die meist nur aus einer Sorte Obst oder Gemüse besteht, sehr billig. Besonders in den Abendstunden, wenn die Ware noch schnell losgeschlagen werden muß, kommt es vor, daß ihre Preise 50 bis 75 Prozent unter denen der Ladengeschäfte liegen. Es läßt sich denken, daß dies die Obst- und Gemüseladenbesitzer in Wut versetzt, sodaß sie die Polizei daternd auf die „Wilden“ hetzen, die ihnen das Geschäft verderben. Aber das stört die „Wilden“ nicht, denn sie machen trotz ihrer Billigkeit und manchem Strafbefehl recht gute Geschäfte und „do Seppel hat doch die besten Äppel!“ drei Pfund nur noch 20 Pfennige. Leute greift zu, wenn sie gegesse sind, is Ruh!“

Was will die „Ciamac“?

Aus Kreisen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erhalten wir folgenden Bericht, der infolge des vierwöchigen „Funken“-Verbotes erst in der heutigen Nummer Aufnahme finden kann, ohne darum an Interesse zu verlieren:

Die „Ciamac“ ist eine internationale Vereinigung der Verbände der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Es sind ihr 30 Verbände in 12 europäischen Staaten mit rund 5 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Von deutschen Verbänden gehören ihr an der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, der Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer und neuerdings auch das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Die Tätigkeit dieser internationalen Vereinigung zerfällt in zwei Hauptgebiete. Das erste Hauptgebiet ist die Fürsorge für die Opfer des Weltkrieges. Hier werden die internationalen Erfahrungen auf dem Gebiete der Fürsorge und Versorgung ausgetauscht und dauernd Bemühungen unternommen, die Lage der Kriegsoffer in allen am Weltkrieg beteiligt gewesenen Staaten anzugleichen und auf einen menschenwürdigen Stand zu bringen. Diese Arbeit vollzieht sich teilweise im Zusammenwirken mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Die zweite Hauptaufgabe der „Ciamac“ ist der Kampf gegen die Wiederkehr kriegerischer Katastrophen. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß es die besondere Aufgabe

der Kriegsteilnehmergeneration sei, den Abscheu vor dem Kriege und die Erinnerung an sein wahres Gesicht unter den Völkern wach zu erhalten und den Kampf um den Frieden der Welt gewissermaßen in der Erfüllung eines Vermächtnisses der toten Kameraden zu führen. In der Erfüllung dieser Aufgabe beschränkt sich die „Ciamac“ nicht auf bloße Demonstrationen, sondern sucht jede Gelegenheit wahrzunehmen, auch praktisch in diesem Sinne zu wirken. So ist sie z. B. während der Reparationskonferenz in Lausanne sowohl bei der französischen als bei der deutschen Delegation im Sinne einer endlichen Bereinigung der Reparationsfrage und des deutsch-französischen Gegensatzes vorstellig geworden. Diese

Entschließung zur Internationalen Friedenspolitik.

„In der Verwirrung der Geister, die durch die internationale Rüstungsdebatte entstanden ist, halten wir daran fest, daß ein dauerhafter Frieden in Europa nur auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich möglich ist. Solange der deutsch-französische Gegensatz fortbesteht, wird Europa nicht zur Ruhe kommen und ein dauerhafter Aufschwung des Wirtschaftslebens in der Welt ausgeschlossen sein. Die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die mit dem Grundsatz, daß Gleichberechtigung unter den Nationen herrschen soll, nicht in Einklang stehen, müssen im Wege der Verständigung beseitigt werden. Das größte Uebel in den Beziehungen der Völker ist das Mißtrauen. Ziel einer verständigen internationalen Politik muß es daher sein, das Mißtrauen zu überwinden.“

Lärmende nationalistische Kundgebungen, Drohungen, bestehende Verträge eigenmächtig abzuändern, diktatorische Regierungsmethoden, Bestrebungen, die demokratische Kontrolle des in seiner Mehrheit friedliebenden Volkes auszu-

Aktion hat großen Eindruck hinterlassen und hat sowohl nach der psychologischen als nach der politischen Seite günstige Wirkungen gehabt.

Eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet die „Ciamac“ auch zu Gunsten der internationalen Abrüstung. Mit einer großen Kundgebung in Genf, der ähnliche Kundgebungen in allen Ländern folgten, hat die „Ciamac“ in diesem Jahre den Kampf um die Abrüstung eröffnet.

Ueber die umfassende und außerordentlich interessante Friedensarbeit der „Ciamac“ hat auf der Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen in Königsberg der Reichstagsabgeordnete Rossmann (SP) Bericht erstattet. Im Anschluß an den Bericht wurde eine Entschließung angenommen, der wir folgendes entnehmen:

schalten, steigern dieses Mißtrauen bis zu einem Punkt, hinter dem größte Gefahren für uns und die Welt lauern. Als Kriegsteilnehmer warnen wir vor der Wiederholung von Methoden, die es während des Krieges verhindert haben, daß das deutsche Volk seine furchtbare Isolierung und gefährliche weltpolitische Lage rechtzeitig genug erkennen konnte, um dem Zusammenbruch zu entgehen.

Wehrpolitische Experimente, die den Gedanken der Abrüstung gefährden, lehnen wir nachdrücklich ab.

Mit der überwältigenden Mehrheit der Kriegsoffer aller im Weltkrieg beteiligten Völker wissen wir uns einig in der Ueberzeugung, daß der Frieden nur mit friedlichen Mitteln gesichert werden kann. Wir erklären jedes Spiel mit dem Gedanken einer nochmaligen blutigen Auseinandersetzung mit Frankreich oder einem anderen Volke für verbrecherisch und verkünden feierlich vor aller Welt, daß wir uns mit allen Mitteln gegen eine Politik zur Wehr setzen würden, die zu neuen Kriegen führt.“

Der „Dank des Vaterlandes“.

Kriegsoffer demonstrieren in Berlin!

Mehrere Hundert Schwerkriegsbeschädigte, zum Teil auf Krücken, zum Teil in Selbstfahrrern, demonstrieren zusammen mit ihren Frauen am Donnerstag mittag in der Königstraße in Berlin. Sie stießen laute Hungerrufe aus. Die Frauen trugen im Rathaus ihre Forderungen vor. Als sie sich mit leeren Versprechungen nicht abspesen lassen wollten und das Feld nicht räumten, wurden sie mit Gummiknüppeln aus dem Hause getrieben!

Kriegsoffer gegen Schleicher.

Der „Reichsbund“, das Organ der größten deutschen Kriegsofferorganisation, nimmt zu der Rundfunkrede des Generals von Schleicher folgende ablehnende Stellung ein, da der Reichskanzler es nicht für nötig hielt, gegen die Notlage seiner kriegsverletzten „Kameraden“ aus dem großen Völkerschlaachten, von 1914—18 etwas Durchgreifendes zu unternehmen, obwohl er kurz vor seiner Rundfunkrede dringend darum gebeten worden war:

„Wenn der neue Reichskanzler etwa beabsichtigt, den Geist und das System der kaiserlichen Armee der Vorkriegszeit auf unser gesamtes politisches und öffentliches Leben und besonders auf die Sozialpolitik zu übertragen, dann könnten wir ihm nur das berüht gewordene Wort des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten und Kapp-Rebellen von Jagow in empfehlende Erinnerung rufen: „Wir warnen Neugierige!“

Leider hat auch der neue Reichskanzler es nicht für nötig erachtet, auf die Lage der Kriegsoffer einzugehen und sich darüber zu äußern, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Not derer zu lindern, die für den Bestand des Reiches Leben und Gesundheit geopfert haben.“

Die Aufhebung der indischen Sondergesetze wurde im britischen Unterhaus von Sir Samuel Hoare angekündigt. Es ist nicht bekannt, was mit den unter den Ausnahme-gesetzen verhafteten Indern — deren Zahl etwa 20 000 beträgt — nun geschehen wird, vor allem, ob Gandhi freigelassen wird.

Der Friedensgedanke in französischen Schulbüchern.

H. Werneke gibt unter diesem Titel eine kleine Schrift heraus, der wir folgendes entnehmen.

Wozu sind wir Menschen:

„Wo bleibt und wozu nützt die Menschlichkeit, die Nächstenliebe, die Sanftmut, die Weisheit, wenn ein halbes Pfund Blei, aus sechshundert Schritten geschleudert, mir den Körper zerschmettern kann, und wenn ich mit zwanzig Jahren, umgeben von sechstausend Sterbenden, das Leben aushauche, während meine Augen, die sich zum letzten Male öffnen, die heimliche Stadt durch Feuer und Schwert zerstört sehen, und wenn die letzten Töne, die meine Ohren hören, die angstvollen Rufe der Frauen und Kinder sind, die unter den Ruinen umkommen.“
Voltaire.

„Hat der Erfinder der Schiebekarre durch seinen einfachen und praktischen Gedanken, zwischen zwei Stäbe ein Rad zu fügen, nicht mehr für die Menschen getan, als der Erfinder der modernen Befestigungen?“
Guy de Maupassant.

„Der Krieg ist ein Hohn auf die Vernunft, ein Hohn auf die Moral, ein Hohn auf alles, was wahr, schön und gut ist. Er ist eine Landplage, eine Geißel.“
M. Ryan.

Die schönsten Eroberungen.

„Die schönsten Siege sind die Siege, die der menschliche Geist über die Natur erringt. Es gibt keine ruhmvolleren Eroberungen als die der Wissenschaft, und die Geschichte der nützlichen Entdeckungen bildet die wahre Geschichte der Menschheit. Daher ist zu bedauern, daß der Name eines Erfinders, eines großen Gelehrten weniger bekannt, weniger populär ist, als der eines Königs oder eines Feldherrn, dessen Triumphe Tausenden von Menschen das Leben gekostet haben.“
J. Simon.

Der Völkertud.

„An dem Tage, wo alle Völker sich ernstlich überzeugt haben, daß es möglich ist, den Krieg zu beseitigen, weil es möglich ist, eine Rechtsordnung unter den Völkern der ganzen Erde ebensogut einzurichten, wie sie unter allen Menschen desselben Volkes besteht, wird keine Regierung mehr das Land in eine angebliche Ehrensache verwickeln können, woraus es nur einen Ausweg mit Waffengewalt hätte.“

Und an dem Tage, wo jedes Volk weiß, daß, wenn es unter Verweigerung des Schiedsgerichts zu barbarischen Mitteln greift, es sich der Gefahr aussetzt, sofort in die Acht getan, von jeder Verbindung mit der übrigen Welt abgeschnitten und also außer dem Gesetze stehend und im Kriegszustand nicht mit einem Feinde, sondern mit dem ganzen Menschengeschlechte betrachtet zu werden, würde es, welches Vertrauen es auch zu seiner militärischen Rüstung haben mag, sich die Sache zweimal überlegen, ehe es sich in ein todbringendes Abenteuer stürzt.“

Ferdinand Buisson an die Kinder der Schulen Frankreichs.

In deutschen Lesebüchern kann man noch folgendes finden, wie wir im „Funken“ berichteten:

„Heimat, o Heimat, wir müssen dich verlassen; Frankreich, unser Erbfeind (!) läßt uns keine Ruh‘; Morgen marschieren wir dem Rheine zu.“

Friedlicher, offener und fortschrittlicher sind schon die Franzosen, wenigstens in ihren Schullesebüchern. H. D.

Der Kampf der Tertia. Von Wilhelm Speyer. Berlin 1929. 237 Seiten. 4,80 Mark.

Eine Schulklasse eines Landerziehungsheims setzt sich tatkräftig für die Katzen des Nachbarstädtchens ein, die auf grausame Weise ums Leben gebracht worden sollen. Sprühend lebendig ist dieses Buch geschrieben. Jeder wird es mit großer Spannung lesen und gefesselt sein von der heldenhaften kleinen Schar, die Gemeinschaftssinn und Opfergeist beseelt.
Grete Eichenberg.

Schulen der Unkultur.

Aus einer deutschen Studentenzeitschrift.

Wer sich ein Bild machen will von dem Geist, der auf deutschen Universitäten herrscht, der lese einmal eine Studentenzeitschrift. Dieser Geist ist gekennzeichnet durch folgende vier Zitate, die wir der „Göttinger Hochschulzeitung“ vom 8. November 1932 entnehmen.

In einem Preisausschreiben werden die Studenten aufgefordert, folgende 5 Fragen zu beantworten:

1. Wieviel Menschen hat Deutschland nach dem Kriege durch die Abtrennungen im Osten verloren?
2. Um wieviel kürzer oder länger ist die jetzige deutsche Ostgrenze als die ehemalige Grenze gegen Oesterreich und Rußland?
3. Wieviel Mann der Reichswehr kommen, wenn man sie restlos für die Sicherung der polnischen deutschen Ostgrenze benutzt, auf je 100 Meter?
4. Wie weit liegt Berlin von der polnischen Grenze entfernt?
5. An welchen deutschen Osthochschulen kann man studieren?

Da die deutschen Hochschuljünger, die dieses Preisausschreiben propagieren, mit Recht befürchten, daß Studenten aus anderen Ländern für solchen Wahnsinn nicht das erforderliche Interesse aufbringen, tut die Studentenschaft ihr Möglichstes, um sich die „lästigen Ausländer“ vom Halse zu halten:

„Mediziner.“

Wie zu Beginn des neuen Semesters bekannt wurde, sind an der Universität eine Anzahl ausländischer Studenten der Medizin immatrikuliert worden. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Studierende, deren Anwesenheit auf deutschen Universitäten für eine deutschbewußte Studentenschaft nicht erwünscht ist. Da die Gefahr bestand, daß deutschen Medizinstudierenden Arbeitsmöglichkeiten und Plätze in den

Vorlesungen und Praktiken genommen wurden, fühlte sich die deutsche Studentenschaft der Universität Göttingen verpflichtet, Bedenken gegen die Aufnahme der betreffenden Ausländer geltend zu machen.

Da eine generelle Abweisung auf Grund bestehender internationaler Verträge nicht möglich ist, gab die Universitätsbehörde die Zusicherung, daß die deutschen Studiierenden der Medizin bei der Plätzeverteilung zunächst berücksichtigt werden.

Demgemäß werden die Plätze in den Vorlesungen und Kursen bis zum 10. November freigehalten. Erst von diesem Zeitpunkt ab werden den genannten Ausländern Plätze zugeteilt.“ Ganze zwei Seiten sind voll von Artikeln und Berichten über Wehrsport und freiwilligen Arbeitsdienst der Göttinger Studenten. Die Gesamtüberschrift lautet: „Wir packen an!“

„Kommilitonen! An die Arbeit! Winket doch ein hoher Lohn, Deutschland wird nach langer Schmachzeit Steigen auf den goldnen Thron. Fast war es am Untergeh'n, Weil wir tatlos zuseh'n. Drum die Schippe in die Hand Fürs Vaterland.“

Wie sich die Studenten den „goldenen Thron“ denken, auf den „Deutschland nach langer Schmachzeit steigen“ wird, geht aus folgendem Vers hervor, der am Schluß eines Berichtes über ein Arbeitsdienstlager in Ostpreußen steht:

„Und kommt der Feind ins Land herein, Und sollt's der Pole selber sein, Wir lassen uns're Ostmark nicht, Bis daß das Auge bricht!“

Und dieses Volk lebt von Arbeitergroschen! Ehe solchen Teutonen das Auge bricht, bricht anderen Leuten der Magen das Essen aus.

Das Weißschwanzgnu.

H. Lt. In einer bürgerlichen Münchener Zeitung werden regelmäßig kleine Geschichten aus dem Münchener Tierpark Hellabrunn erzählt. Sie sollen Propaganda machen für den Besuch des zoologischen Gartens. Neulich kam das Weißschwanzgnu an die Reihe. Dieses Tier — so wird erzählt — sieht aus wie ein Pferd mit gespaltene Hufen und einem Stierkopf: „Kein Wunder, daß dieses seltsame Geschöpf früher von Menageriebesitzern einem gutgläubigen Publikum ... als ‚gehörntes Pferd‘ vorgeführt wurde.“

So ein Bericht zieht und weckt die Neugierde. Unter den neugierigen Tierparkbesuchern sind manchmal aber auch Leute mit schlechtem Gewissen: Ist es wirklich gut, diese Tiere einsperren zu lassen, damit ich meine Schaulust befriedige? Ja, erwidert der Propagandist, und hier ist die Begründung:

„Sie lebten schon längst nicht mehr, wenn es nicht — zoologische Gärten gäbe. Denn in ihrer Heimat Südafrika haben sie die Kultur und die fortschreitende Bebauung des Landes längst verdrängt (Wenn es doch stimmen würde, daß die Gnu die ‚Kultur‘ aus Südafrika verdrängt hätten! Das wäre Südafrika zum Segen. H. Lt.), woraus zu ersehen ist, daß das von Gegnern von Zoos so heftig befeindete ‚Einsperren von Tieren‘ mitunter gerade für die Tierwelt von großem Nutzen sein kann.“

Merkwürdig! Wie sind eigentlich jene Menageriebesitzer früher zu diesen Tieren gekommen? Nun, der Verfasser, sagte es schon: „Kultur“ hat sie „verdrängt“. Und Kultur — das muß doch jeder gute Deutsche wissen — heißt: Pulver und Flinten!

Ein furchtbarer Hohn. Erst schießt man die Herden zusammen, und dann sperrt man, was übrig bleibt, ein, damit es nicht ausstirbt. Und das ist „für die Tierwelt von großem Nutzen“! Denn an ihrer Freiheit sind die Tiere nicht im geringsten interessiert, sondern nur am Nicht-Aussterben ihrer Rasse. Das weiß der Propagandist vom lieben Gott oder von Hitler.

Die Plünderungen dauern an.

Hungerdemonstrationen und Plünderungen in Dortmund.

In Dortmund kam es am Donnerstag vormittag wiederholt zu Erwerbslosenkundgebungen, als den Unterstützungsempfänger die Forderung nach Verdoppelung ihrer Bezüge nicht erfüllt wurde. Schließlich wurde das Ueberfallkommando gegen die Demonstranten eingesetzt. Am Nachmittag kam es zu größeren Ansammlungen in der Innenstadt in einer Dortmunder Geschäftsstraße, die schließlich polizeilich geräumt wurde. Die Demonstranten zogen dann zum nördlichen Stadtteil, wo es ebenfalls zu größeren Ansammlungen kam. Als auch hier das Ueberfallkommando eingesetzt wurde, erhielt ein Polizeiwachmeister einen Stich in den Rücken. Der Täter flüchtete und konnte entkommen. Später traten in diesem Stadtteil Gruppen von etwa zehn bis fünfzehn Personen auf, die zumeist aus Jugendlichen bestanden und suchten geschlossene Geschäfte auf, wo sie um Lebensmittel baten. Wo ihnen diese verweigert wurden, nahmen sie die Waren gewaltsam an sich. So entwendeten sie in einem Geschäft Backwaren, in einem anderen Wurstwaren und Speck und in einem Fleischerladen drei Schinken. In vielen anderen Fällen wurde nur durch das Eingreifen der Polizei eine Plünderung verhindert. Insgesamt wurden am Donnerstag in Dortmund vierzehn Personen, darunter vier Frauen, verhaftet.

Plünderungen in Koblenz.

Am Dienstag abend kam es in Koblenz zu starken Ansammlungen. Dabei wurden trotz verstärkter Polizeistreifen die Fensterscheiben von zwei Lebensmittelgeschäften eingeworfen, in ein drittes Lebensmittelgeschäft drang ein maskierter Mann ein und plünderte. Der Täter schoß nach Verlassen des Ladens, als das Ueberfallkommando heranrückte; auch an anderen Stellen der Stadt wurde wiederholt ge-

Erfolgreiche Beendigung des Nordwolle-Streiks.

Den Vertretern des Textilarbeiterverbandes gelang es, durch Verhandlungen mit der Firma Nordwolle in Dolmenhorst die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. In einer Gewerkschaftsversammlung wurde zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung genommen und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. — Der Streik ging um die Erhöhung der zu bedienenden Spindelzahl; wodurch Ringspinnerinnen und Zwirnerinnen frei und entlassen werden sollten. Darauf traten die in der zweiten Schicht beschäftigten Arbeiterinnen in den Streik, wodurch auch andere Betriebsabteilungen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ueber die geplante Mehrbedienung von Spindeln sollen Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern bis zum 27. Dezember eine Klärung herbeiführen.

Vor einem Verkehrsstreik in Lille.

In Lille hat die Straßenbahngesellschaft den Angestellten eine Lohnsenkung von 11 Prozent angekündigt, gegen die die Straßenbahner geschlossen protestierten. Die Gewerkschaft hat der Gesellschaft eine letzte Frist bis zum 21. Dezember gestellt. Wenn bis dahin die Lohnsenkungsforderungen nicht zurückgezogen worden sind, werden die Straßenbahner in den Streik treten. Wahrscheinlich wird in diesem Fall auch der übrige Verkehr stillgelegt werden.

schossen. Die Polizei nahm zwölf Personen fest. — Auch aus Orten der Umgebung von Koblenz werden Erwerbslosenunruhen und Geschäftsplünderungen gemeldet.

Plünderungen in Hamborn.

Am Mittwoch abend kam es im Hamborner Stadtgebiet zu zahlreichen Plünderungen. Fast in allen Stadtteilen drangen kurz vor Ladenschluß Banden in Lebensmittelgeschäfte ein und raubten Eßwaren. In der Goethe-Kolonie wurden auf einen Ueberfallwagen der Polizei von unbekannter Seite Schüsse abgegeben, von den Beamten wurde jedoch keiner verletzt. Die Polizisten erwiderten das Feuer. Die Täter entkamen.

Acht Plünderer verhaftet.

In Berlin-Reinickendorf wurden am Donnerstag kurz nach Geschäftssehluß acht junge Burschen verhaftet, die in die Filiale der Pommerschen Meierei in der Lette-Allee eingedrungen waren und Lebensmittel und die Ladenkasse geraubt hatten. Einer der Täter hatte eine Pistole bei sich, ein anderer eine Maske.

In der Langestraße wurden Lebensmittel geraubt, am Bayerischen Platz Gänse gestohlen; in beiden Fällen entkamen die Räuber unerkannt.

Neue Straßenkundgebungen in Wuppertal-Elberfeld.

Auch im Laufe des Mittwoch abend und in der Nacht zum Donnerstag kam es mehrfach zu Straßenkundgebungen in Wuppertal-Elberfeld. Besonders in der Gegend der beiden Rathäuser machten sich Sprechchöre bemerkbar. In der Elberfelder Nordstadt wurden etwa 19 Straßenschilder von unbekanntem Tätern zertrümmert. Zum Schutz des Wohlfahrtsamtes und der verschiedenen Zahlstellen ist eine polizeiliche Verstärkung eingerichtet worden.

Erwerbslosendemonstration in Glasgow.

In Glasgow kam es im Verlauf einer Erwerbslosendemonstration zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Den Anlaß dazu bot die Tatsache, daß eine Abordnung der Erwerbslosen nicht zum Stadtrat zugelassen werden sollte, dem sie die Forderungen der Arbeiter vortragen wollte. Insgesamt 15 Personen, darunter 10 Schutzleute, mußten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in Berlin.

—t. Ab 1. Januar 1933 gibt es in Berlin keine Wohnungszwangswirtschaft mehr. Von diesem Termin ab unterbleiben die Eintragungen in die Wohnungslisten. Zuweisungen von Wohnungen werden nur noch in besonders krassen Fällen der Wohnungsnot vorgenommen. Freiwerdende Wohnungen mit einer Friedensmiete bis zu 800 Mark müssen jedoch dem Wohnungsamt nach wie vor gemeldet werden, und das Wohnungsamt wird Wohnungen, deren Friedensmiete weniger als 400 Mark beträgt, durch Aushang bekannt geben. Jeder neue Mietvertrag über eine solche Wohnung ist dem Wohnungsamt — wie bisher — binnen einer Woche zur Genehmigung vorzulegen.

Diese Regelung bedeutet die fast völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Sie wird abgebrochen, nach-

dem viele, die eine Wohnung haben möchten und die sie auch brauchen, aus Geldmangel keine Wohnung suchen. Der offiziell registrierte Wohnungsmangel ist außer durch den Bau von Wohnungen vor allem durch Vergrößerung der Armut beendet worden. Ein von den Befürwortern der Wohnungszwangswirtschaft wohl nicht gewünschtes Ende! Vielleicht regt aber dieses Ende sie dazu an, einmal darüber nachzudenken, ein wie großer Teil des Wohnungsmangels gerade durch das Wohnungsmangelgesetz und andere zwangswirtschaftlichen Eingriffe verursacht worden ist.

Arbeit an der Stempelstelle.

Wenn ich an den Stempelstellen vorbeigehe, sehe ich oft einen Haufen Menschen stehen, die disputieren und gestikulieren, mit Köpfen, so rot wie Tomaten. Das sind unsere politischen Sportsmänner: Vom Morgen bis zum Abend sprechen sie über Politik. Gut! aber wie behandeln sie die politischen Themen?

Wir hören ihnen zu. Da erfahren wir, daß die Arbeiterpartei A. in diesem oder jenem Jahre die Arbeiter vorraten habe. Wir hören, daß die Führer der Arbeiterpartei B. in wunderbaren Häusern auf Kosten der Mitglieder wohnen. Wir hören von einem dieser „Sportsleute“, daß nur eine wirkliche politische Partei besteht, die für die Interessen der Arbeiterschaft sorgt. Wir hören, daß einer die Waghalsigkeit hat, seine Partei zu loben. Aber o woh, bald prasselt ein Orkan von Vorwürfen auf diese Partei herunter.

Wir verlassen sie. Es lohnt sich nicht, ihnen zuzuhören. Sind sie vorbildliche Klassenkämpfer? Werden sie uns zu einer besseren Gesellschaft führen? Leisten sie fruchtbringende Arbeit? Könnten sie auf andere Weise dem Klassenkampf besser nutzen? Wir wollen es untersuchen.

Die Mehrzahl der Arbeitslosen steht dem Klassenkampf noch ganz gleichgültig gegenüber. Diese Mehrzahl bleibt zu Hause, wenn politische Versammlungen oder Demonstrationen stattfinden; auch wenn diese Demonstrationen ausdrücklich für und von Arbeitslosen organisiert worden sind. Kümern sich unsere politischen Spezialisten um diese indifferente Masse? Ganz und gar nicht! Denn wie kann man eine Arbeiterpartei bei einem Menschen bekämpfen, der parteilos ist? Darum interessieren die indifferenten Arbeiter unsere politischen Sportsleute ganz und gar nicht. Wenn der nicht klassenbewußte Arbeiter ihre Debatten hört, bekommt er bestimmt keine Neigung, sich den Klassenkampforganisationen anzuschließen, da er ja nur einen Bruderkampf sieht.

Was können wir tun? Wir müssen dem Indifferenten folgen und ihm auf die Schulter klopfen. Wir sprechen mit ihm über seine täglichen Angelegenheiten; gleichsam zufällig kommt die Rede auf die Politik: „Warum besuchst du niemals die Versammlungen der politischen Arbeiterparteien? Ist unsere Sache nicht eure Sache? Mußt du nicht schon zwei Jahre mit deiner Familie von dieser viel zu niedrigen Unterstützung leben? Hast du schon gehört, daß die Regierung beabsichtigt, unsere elende Unterstützung noch mehr abzubauen? Heute abend ist eine Protestversammlung. Hier, lies diese Flugzettel und komm!“

Hier, Politiker von der Stempelstelle, ist euer Gebiet! Macht Schluß mit dem Bruderkampf und der gegenseitigen Beschimpfung! Werdet produktive Kämpfer für den Sozialismus und vergeßt nicht, daß die riesige Masse der Indifferenten unser wichtigster Feind ist. (Bas Wels, im „Sennaciulo“.)

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler Berlin Anzeigen: R. Lipmann, Berlin, Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14 Inselstr. 8a. Tel.: 7 Jannowitz 500 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Oesdener Straße 111
garantiert für ersklassige Arbeit

Getrocknete Bananen
sind nahrhaft u. billig.
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpackchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark.
frei Haus, n. a. Orten
Vorauszahlung
auf Postscheck-Konto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.v. Guerickestr. 104

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwall
Friedrichplatz 12

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügel und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**.
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter
In sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt
Johannisbergerstr. 10, I. I.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Ab 23. Dezember:
Das lustige Weihnachtsprogramm
René Clair: „Die Million“
Charlie Chaplin in „ZIRKUS“
Heiligabend geöffnet!
Aufgangsszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbi Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Beworben bei Einzelnen
unser Reserventen

Werbe Prospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdrucker und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Pererah Sammelnummer FI Moritzplatz 647

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

Philosophen für und wider die Revolution.

Von
HELLMUTH FALKENFELD,
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:

- I. Die Philosophen der französischen Revolution.
- II. Immanuel Kant.
- III. Johann Gottlieb Fichte.
- IV. Jakob Friedrich Fries.
- V. Hegel.
- VI. Marx.
- VII. Stirner.
- VIII. Tolstoj.
- IX. Nietzsche.
- X. Popper Lynkeus.
- XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Weimar, Röhrstraße 40

isk
7. Jahrgang
Dezember 1932
Wohntreibt Deutschland?
FRITZ GROB:
Klassenpolitik u. Parteipolitik.
HELLMUT RAUSCH-NPLAT:
Deutschland, ein wirtschaftliches Trümmerfeld. Was nun?
Kriegsvorbereitungen in Deutschland.
GUSTAV HECKMANN:
Die Totengräber der Gerechtigkeit.

Terrorakte nach Inkrafttreten der Amnestie.

Nachdem die Amnestie kaum in Kraft getreten war, kam es im Altonaer Altstadtgebiet zu einer schweren Schießerei vor einem Nazilokal. Sämtliche Fenster des Hauses wurden zerschossen, ein im Lokal wohnender Nationalsozialist wurde durch einen Beinstockschuß und Rückenstreifschuß verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Täter entkamen unerkannt; trotzdem wird in dem amtlichen Polizeibericht „vermutet“, daß es sich um Kommunisten handelte.

Schwerwiegender waren die gleichzeitig verübten Attentate auf mehrere SP- und KP-Lokale und auf Konsumläden, die aus einem mit SA-Leuten besetzten Kraftwagen erfolgten. So wurden in dem Altonaer Betrieb des Hamburger Gewerkschaftshauses, im Republikanischen Hof, in dem sich auch ein SP-Büro befindet, sämtliche Fensterscheiben und Firmenschilder mit einer Axt zertrümmert. Die gleichen Täter schlugen in einem Lokal des „Reichsbanners“ vierzehn, in vier Läden der Konsumgenossenschaft „Produktion“ sechzehn große Scheiben ein. Schließlich wurden noch zwei Verkehrslokale der KPD heimgesucht. Die Täter konnten von der Polizei nicht gefaßt werden, dagegen gelang es Augenzeugen, die Nummer des Autos festzustellen.

Wieder kommunistische Funktionäre verhaftet.

In Gladbach-Rheydt hat die Polizei zahlreiche Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Funktionären vorgenommen. Der Organisationsleiter der KPD in Gladbach-Rheydt, W. A. T. und der politische Leiter Lenzen wurden festgenommen. Ein gegen die beiden Kommunisten erlassener Haftbefehl begründet diesen mit „dringendem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat“ (es handelt sich also nicht etwa um „dringende Vorbereitung des Verdachts einer Vorbereitung...“). Angeblich liegen „Zersetzungsversuche“ bei der Polizei vor.

Sprengstoffattentäter verhaftet.

In der Langestraße in Braunschweig war am 6. August ein Sprengstoffanschlag verübt worden, der beträchtlichen Sachschaden angerichtet hatte. Von den drei Attentätern konnten zwei nach kurzer Zeit festgenommen werden. Der Dritte, der sich bisher verborgen hielt, wurde nun ebenfalls von der Kriminalpolizei festgenommen. Anscheinend hat ihm seine unzulängliche Kenntnis der Reichweite der Amnestie einen Streich gespielt.

Ein zum Tode Verurteilter kämpft um den Nachweis seiner Unschuld.

Im Jahre 1929 war der Bonner Arzt Dr. Richter wegen Giftmordes an seiner Geliebten, Frau Merten, zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Er lebt jetzt im Zuchthaus in Siegburg. Seit Beginn des Prozesses hat er seine Unschuld beteuert und kämpft seit Jahren um ein Wiederaufnahmeverfahren. Nachdem vor einigen Tagen das Oberlandesgericht in Bonn das Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt hatte, hat der Verteidiger Richter dem Oberlandesgericht in Köln eine Beschwerdeschrift eingereicht, in der sowohl Richter als auch der Verteidiger sich zu einem lebensgefährlichen Experiment zur Verfügung stellen; beide sind bereit, sich so viel Ströphantin (ein aus einer afrikanischen Pflanze gewonnenes Gift) einführen zu lassen, wie bei der Sektion im Dickdarm der Frau Merten gefunden worden war. Beide sind überzeugt, daß dieses Quantum den Tod weder bei Frau Merten herbeigeführt haben noch bei ihnen selber herbeiführen könne.

Verhaftung der Inhaber des Zigarettenhauses Bergmann.

Am Donnerstag vormittag sind auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Dresden die Inhaber der Zigarettenfabrik „Haus Bergmann“, Generaldirektor Carl Bergmann und Sigmond Bergmann, verhaftet worden. Angeblich erfolgte die Verhaftung wegen Verfehlungen gegen die Devisenbestimmungen. Die Beträge, um die es sich handelt, werden auf mehrere Millionen Mark beziffert.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (39)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 19

Drei Gewerkschaftsgruppen, die im Anfang eine Einheitsfront bildeten, dann aber sich gegenseitig befeindeten und zersplitterten. Der Erfolg dieser Kampfesweise war ein Mißlingen des gemeinsamen Kampfes. Das Zeitalter der von Amerika übernommenen Rationalisierung kam auf, und eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen marschierte in seinem Gefolge. Die Handarbeit wurde immer mehr durch Maschinenarbeit verdrängt, Menschenkräfte wurden überflüssig. Im Bergbau führte man den Abbauhammer ein, eine kleine, mit Preßluft betriebene Maschine, die zum Segen für den Kumpel hätte werden können, wenn man nicht auf Grund ihrer Leistungen den Akkord- oder Gödingesatz gekürzt und dadurch die Arbeitsleistung des Kumpels heraufgeschraubt hätte. Die Hacke, sonst das unentbehrlichste Gezähstück des Bergmanns, mit dem er die Kohlen losbrach, wurde langsam zu einem Museumsstück. Schrämmaschinen wurden massenweise eingeführt, unterhöhlten die langen Kohlenwände, die dann mit wenig Mühe loszureißen waren. Durch sie wurde die Arbeitsleistung auf das Doppelte und Dreifache erhöht und auch die Unfallgefahr, wie überhaupt durch alle maschinellen Vorrichtungen. Noch härter mußte der Kumpel arbeiten, um wenigstens einigermaßen zu Lohn zu kommen. Jede neue Maschine forderte erhöhte Anspannung seiner Kräfte. Die Wirtschaftskrise setzte ein, Feierschichten wurden eingelöst. Der Kumpel, der in früheren Zeiten nicht genug Ueber-schichten leisten konnte, um dem Verlangen der Herren gerecht zu werden, wurde jetzt gezwungen, einen, mitunter auch zwei Tage in der Woche zu Hause zu bleiben. Sein Lohn verringerte sich dadurch automatisch um ein Drittel. Die

Das alte Bündnis der Arbeiterfeinde.

„Felsenecke“-Prozeß liquidiert.

Der Vorsitzende des Schwurgerichts beim Landgericht III in Berlin verkündete am Donnerstag das Urteil im Prozeß „Felsenecke“: Zwei Kommunisten (Becker und Schön) wurden wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen alle übrigen Angeklagten (17 Kommunisten und 6 Nazis) wurde das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Wir erinnern an die wichtigsten Tatsachen des Prozesses:

1. In der Nacht zum 19. Januar 1932 waren rund 200 Nazi durch die Arbeiterkolonie „Felsenecke“ in Reinickendorf marchiert. „Es kam“ zu einer Schießerei auf die Lauben der Kolonie. Der Arbeiter Klemke wurde erschossen. Später wurde der Nazi Schwarz erstochen.

2. Als am 20. April die erste Schwurgerichtsverhandlung begann, saßen auf der Anklagebank 24 Kommunisten und — 6 Nationalsozialisten!

3. Die auch aus dem Sondergerichts-Prozeß „Röntgenstraße“ bekannte schonungslose Aufklärungs- und Nachforschungsarbeit des Verteidigers Litten setzte ein. Sie förderte Tatsachen zu Tage wie die, daß einer der Schutzpolizisten, die dem Nazi-Trupp in die Kolonie gefolgt waren, dort dem Nazi Grewen seine Dienstpistole ausgehändigt hat. Litten's Aufklärungsarbeit wurde abgeschnitten durch seinen Ausschluß von der Verteidigung im Prozeß.

4. Am 9. Dezember wurde im Reichstag das Amnestiegesetz beschlossen. Danach werden Freiheitsstrafen nur bis zu fünf Jahren voll erlassen. Tötungsvergehen sind von der Amnestie ausgenommen, „wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist“; der versuchte Totschlag fällt also unter die Amnestie. Dies muß man beachten, um die folgende Tatsache zu verstehen.

5. Am 15. Dezember stellte Staatsanwaltschaftsrat Stenig die Strafanträge. Gegen zehn Kommunisten beantragte er Zuchthausstrafen von mehr als fünf Jahren, während die Strafanträge gegen die Nazis nur bis zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus hinaufgingen. Gegen drei Kommunisten hielt

Stenig die Anklage wegen vollendeten Totschlags aufrecht, während er bei den Nazis schlimmstenfalls auf versuchten Totschlag plädierte.

6. Auch das Gericht kommt zu einer Ablehnung dieses empörenden Strafantrags.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß diese Tatsachen neue Beispiele liefern für das aus anderen Prozessen bekannte harmonische Zusammenarbeiten der Berliner Ermittlungspolizei und der Staatsanwaltschaft mit dem Ziel, die Verurteilung von Kommunisten und die Straflosigkeit von Nazis durchzusetzen. Neben die Namen der Berliner Staatsanwälte Mittelbach, Freiherr von Steinäcker und Wagner können wir den Namen Stenig in die Liste der Arbeiterfeinde einreihen.

Die praktische Lehre: hilft den proletarischen Verteidigern bei ihrer wichtigen Aufklärungsarbeit in den politischen Prozessen.

Die ersten Befreiten.

sind heraus aus den Zuchthäusern und Gefängnissen. Unter ihnen sind die „Felsenecke“-Kolonisten, gegen die der Berliner Staatsanwalt Stenig vor wenigen Tagen noch Zuchthausstrafen bis zu acht Jahren beantragt hatte.

Unter den Befreiten sind

Hyänen der Amnestie.

In dem Betrugsprozeß gegen den Bergwerksdirektor Wüst und den Rechtsanwalt Triebel (vor dem Landgericht I in Berlin) wurde das Verfahren gegen Triebel eingestellt, weil bei ihm wirtschaftliche Not angenommen wurde. Aus demselben Grunde wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte das Verfahren gegen einen Angeklagten eingestellt, der beim Verkauf seiner Fleischeri den Käufer um etwa 7000 Mark geschädigt hatte.

Die katholische Wetterfahne.

Katholizismus und Nationalismus.

H. Lt. Die katholische Kirche hat keine feste Stellung zu der Frage des Nationalismus. Unnachgiebigkeit zeigt sie nur in der Frage der religiösen Erziehung. So gleicht sie einer Wetterfahne mit einer festen Stange und einem beweglichen Fähnchen. Von Zeit zu Zeit wird dieses Fähnchen geblät, damit es der herrschenden Windrichtung solpinner folgen kann. Eine solche Oelung nahm der „hochwürdige Herr Generalsekretär“ der katholischen Gesellenvereine Deutschlands, Dr. Nattermann aus Köln, Anfang Dezember bei der oberbayerischen Gesellenvereinsversammlung in München vor. Er wies nach, daß sich die „völkische Idee“ auch mit dem Hauptgedanken des Vereinsgründers Kolping vertrage, und sprach hierzu die folgenden Worte:

„Die Einsicht wird immer allgemeiner, daß alle zum Volke gehören, daß alle in lebendiger Gemeinschaft mit einander den Volkskörper bilden müssen. In dieser Betonung des Volkes sind Katholiken, Protestanten, Nationalsozialisten, in wachsenden Maße sogar die Sozialisten, einig. In dieser nationalen Einstellung lassen sie sich durch parteipolitische Dinge nicht mehr irre machen. Damit stehen wir vor der Aufgabe, zuzusehen, wie wir vom katholischen Standpunkt aus mit dem Begriff Volk fertig werden. Man hat sich zu sehr mit dem Begriff Staat, zu wenig mit dem Begriff Volk befaßt. Wir müssen auch das Völkische sehen und in die katholische Weltanschauung hineinstellen. ... Wir müssen lebensnah und lebenswirklich mitformen, um diesem neuen Deutschbewußtsein katholische Züge einzuprägen. Es wäre falsch, aus einer gewissen pazifistischen Einstellung heraus, sich abseits zu stellen.“

Gut, daß wir es wissen: Hochwürden wird sich beim nächsten Krieg nicht „abseits stellen“, sondern tapfer mit-

helfen, Waffen zu segnen. Dann kann er hoffen den deutschen Schulen „katholische Züge einprägen“ zu dürfen.

Nattermann schloß mit den herzerhebenden Worten: „Wir haben schon einen Adolf — Adolf Kolping!“

Funktioniert die Wetterfahne in Köln, dem Wohnsitz Nattermanns, weniger gut? Wir erinnern uns an eine recht „pazifistische“ Entschließung des dortigen „Diözesanverbandes des Jungmännerverbandes“, in der es zur Gründung des Reichskuratoriums für körperliche Erleichterung u. a. heißt:

„Ziel und Form der wahren nationalen Jugendbildung, die mit der vom Heiligen Vater geforderten Erziehung zum Frieden unter den Völkern in vollem Einklang steht, sind in unserem „Grundgesetz“ eindeutig umrissen. ... Demgegenüber scheinen uns die angekündigten Maßnahmen den Richtlinien der im August 1914 gebildeten „Jugendwehren zur militärischen Vorbereitung“ verdächtig ähnlich. ... Geht es aber um eine wehrdienstmäßige Jugendausbildung, d. h. eine Wehrhaftmachung im Sinne militärischer Schulung? Diese lehnen wir ab. Denn im Wesen des Wehrdienstes und noch mehr der Wehrpflicht liegt keimhaft eine Erziehung zum Kriege insofern, als das Kriegsspiel und die immer wiederholte Felddienstübung mit psychologischer Konsequenz den jungen Menschen zum Ernstmachen und zur wirklichen Anwendung der mühsam errungenen Fertigkeiten drängt.“

Ist hier, im Kölner Jungmännerverband, die Wetterfahne eingerosetet? Oh nein! Eine kluge Hand hält dieses Ding zu weilen fest, damit zu anderen Zeiten, wenn der „völkische Gedanke“ bei den Massen ausgespielt hat, gesagt werden kann: Seht her, im Sturm der nationalen Leidenschaft blieb unser Herz doch sanft und friedlich!

Gödingesätze wurden gekürzt, Massenentlassungen waren an der Tagesordnung. Der Kumpel wurde zum Arbeitstier, mußte alle Schikanen und alle Beschimpfungen seitens der Vorgesetzten widerspruchslos in die Tasche stecken, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, gekündigt und entlassen zu werden. Die Freiheit des Bergarbeiters ist endgültig dahin, alle Arbeitskraft wird aus ihm herausgepreßt, er ist degradiert zum Grubenkuli.

So weit ist Gerling mit seinem Denken gekommen, als ihm sein Kumpel, der einige Meter unter ihm arbeitet, Buttern zuruft. Er kratzt die Kohlen in das Rutschenblech, eine Staubwolke fegt herauf, polternd sausen die Kohlen nach unten in den Füllkasten. Auch beim Verzehren seines Brotes und beim Trinken seines Kaffees hat Günther das Gesicht des alten Wenzel vor sich. Sein Kumpel ist schnell mit dem Buttern fertig, legt sich auf die Gezähkiste, um einige Minuten zu schlafen. Günther aber zieht ein Buch aus seiner Jackentasche, in dem er die geförderten Kohlen seiner Kameradschaft und die darauf entfallenden Schichten aufschreibt, beginnt zu zeichnen. Er will das Gesicht des alten Schießmeisters im Bilde festhalten. Sofort er aber auch den Bleistift zu einer neuen Zeichnung ansetzt, es gelingt ihm nicht, immer wird ein anderes Bild daraus. Da reißt er die Seiten heraus, beginnt zu schreiben. In groben Umrissen skizziert er das Schicksal des alten Bergarbeiters, ist so in seine Arbeit vertieft, daß er fast das Herankommen des Nachtsteigers überhört. Schnell gibt er seinem schlafenden Kumpel einen Rippenstoß, daß der mit einem Ruck auffährt, die Situation übersieht, und die Kaffeepulle an den Mund setzt, als wäre er am Buttern. Günther steckt sein abgegriffenes, verschmiertes Notizbuch in die Tasche, holt ebenfalls seine Kaffeepulle hervor. Der Steiger fragt nach dem Stande der Arbeit, entfernt sich dann mit einem Glück auf!, die beiden Kumpels begeben sich wieder in die Strobe hinauf.

Schicht — Gang zum Schacht — Ausfahrt.

Als Günther in die Küche seiner Wohnung eintritt, steht Kaffee und Brot auf dem Tisch. Seine Frau hat sich wieder hingelegt zum Schlafen, der kleine Hans braucht erst um

10 Uhr in die Schule. Hastig trinkt Günther eine Tasse Kaffee, isst eine Schnitte Brot dazu, geht an den Küchenschrank, dem er einige Bogen Papier, Tinte und Federhalter entnimmt. Dann macht er sich an seine erste schriftstellerische Arbeit, schreibt seine erste Erzählung: „Die ohne Arbeit.“

Die Feder kratzt über das Papier, die Zeit verrinnt. Aus der Schlafstube ruft seine Frau: „Komm ins Bett, Günther, was machst du denn noch solange?“

„Ich schreibe“, sagt er, ohne sich weiter stören zu lassen.

„Was, einen Brief?“

„Nein, eine Geschichte“, erwidert er.

Ein Lachen kommt aus der Stube.

„Du und Geschichte schreiben? Ich glaube, bei dir piepft.“

„Wirst schon noch sehen“, erwidert er, schreibt weiter. Nach einer halben Stunde hat er seine Arbeit beendet, schreibt auf einen Umschlag die Adresse der größten Zeitung Westdeutschlands, holt auf dem nahen Postamt eine Freimark und schiebt den Brief ab.

Vierzehn Tage vergehen, dann kommt die Antwort. Als er sie liest, kann er einen Freudenschrei nicht unterdrücken. Seine Erzählung ist zur Veröffentlichung angenommen, wird gedruckt werden. Jeden Tag entfaltet er nun die Zeitung, sucht im Feuilletonteil seine Geschichte. Jedesmal ist er enttäuscht, bis er eines Montagmorgens seinen Namen unter der Ueberschrift seiner Erzählung findet. Wortlos hält er seiner Frau das Zeitungsblatt hin, lachend fällt sie ihm um den Hals.

„Du, dein Name in der Zeitung, es ist bald nicht zu glauben. Nun wirst du wohl bald ein berühmter Mann werden und viel Geld verdienen.“

„Nicht darauf kommt es an“, sagt er, ihre Arme von seinem Halse lösend. „Die Hauptsache ist, daß ich meinen Kumpels in irgendeiner Art helfen kann, wenn ich ihr Los, ihr Schicksal, das auch mein Los und mein Schicksal ist, an die Öffentlichkeit bringe. Darum allein handelt es sich, und das soll das Grundmotiv meines Schaffens sein. Wenn ich ein paar Mark dafür bekomme, nun, wir können sie gut gebrauchen. Ebenso gern aber würde ich auch schreiben, wenn ich es umsonst tun müßte.“

(Fortsetzung folgt.)

Bankerott-Verschleierung en gros.

Der 1. Januar steht vor der Tür. An ihm werden die Bücher vieler Unternehmungen abgeschlossen. Der 1. Januar ist der Bilanzstichtag. Außenstände und Wertpapiere müssen bewertet werden. Eine für viele peinliche Aufgabe!

Wenn die deutschen Banken auf ihre Ausleihungen an faule Schuldner — insbesondere schwerindustrielle — die notwendigen Abschreibungen machten und wenn sie die in ihrem Besitz befindlichen Aktienpakete mit der notwendigen Vorsicht bewerteten, so würden wohl manche Banken und mit ihnen verfilzte Industrie-Unternehmungen von neuem vor dem offenen Bankerott stehen. Vor ihm sind bekanntlich die Großbanken und ihr Anhang durch die große Banken-Sanierung im Frühjahr 1932 — unmittelbar vor Veröffentlichung der Bankbilanzen von 1931! — gerettet worden. Dieses Mal geht man zeitiger ans Werk.

Inmitten der Wirtschaftsschrumpfung werden zwei neue Firmen gegründet werden. Wir haben bereits am 20. September auf diese in Aussicht stehenden Neugründungen hingewiesen. Technisch zählt man sie am besten der Konserven-Industrie zu. Die beiden Firmen, die wir schon im September als „zwei Konservierungs-Institute für Todeskandidaten“ angekündigt, werden voraussichtlich sehr bald endgültig gegründet werden. Reichsregierung und Reichsbank scheinen mit den Gründungsplänen in der jetzigen Gestalt einverstanden und sind also wohl auch bereit, die notwendige Hilfestellung einzunehmen.

An den ursprünglichen Plänen hat sich außer dem Namen des einen Instituts nur wenig geändert. Man will es statt *Amortisationskasse* — abgekürzt: *Amok* oder *Amo* — „*Tilgungskasse für gewerbliche Kredite*“ (*Tilka*) taufen. Hat diese Umtaufo noch einen anderen Grund außer dem naheliegenden, einer Verwechslung mit Amor, dem griechischen Gott der Liebe, vorzubeugen? —

Nun zum Aufbau der beiden Konservierungs-Institute.

Eine Anlage zum Auftauen von Eis.

An die Aktiengesellschaft Deutsches Finanzierungs-Institut — kurz: Definag — wollen die Banken aus ihrem eigenen Bestand Aktien bereits sanierter Unternehmungen geben und Forderungen gegenüber solchen Unternehmungen. Zu den Gründern der Definag werden gehören; die Golddiskontbank (eine Tochtergesellschaft der Reichsbank), die Bank für Industrie-Obligationen (ein für viele „nützliches“ Ueberbleibsel aus der Zeit der deutschen Reparationszahlungen, „nützlich“ bisher vor allem für die ostelbischen Großgrundbesitzer), die Akzeptbank (eine Firma zur Lieferung fehlender Wechsel-Unterschriften); diese Institute werden 10 Millionen Mark Vorzugs-Aktien der neuen Firma übernehmen und sollen dafür jährlich 5 Prozent Vorzugsdividende erhalten. Die Stammaktien (etwa 20 Millionen Mark) sollen von denjenigen Banken übernommen werden, die den Apparat der neuen Firma in Anspruch nehmen wollen.

Sie dürfen in Höhe des Zehnfachen ihrer Aktienbeteiligung Wertpapiere und „einwandfreie“ eingefrorene Forderungen an die Definag geben (Das Wort „einwandfrei“ bedeutet hier offenbar dasselbe wie im üblichen Sprachgebrauch die Worte: „nicht einwandfrei“.) Diese schreibt ihnen den „vollen Gegenwert“ (auf deutsch: mehr als den wirklichen Wert!) gut. Die Banken dürfen über 75 Prozent davon durch Wechsel verfügen. Die Reichsbank ist bereit, diese Wechsel zu diskontieren. Man rechnet mit etwa 200 Millionen Mark festgefrorenen „Werten“: 150 Millionen Mark davon werden für die Banken bei Bedarf sofort verfügbar; die Definag bemüht sich, die Aktien allmählich zu verkaufen, die Forderungen allmählich einzutreiben.

Der Nutzen dieses Apparats für seine Benutzer ist klar.

1. Verfehlte Kapitalanlagen der Banken werden mit Hilfe dieses Apparats in den Bankbilanzen unsichtbar. An ihre Stelle treten in den Bankbilanzen Forderungen, nämlich Forderungen an die Definag.
2. Verfehlte Kapitalanlagen werden zur Grundlage neuer Notenbank-Kredite. Volkswirtschaftlich gesehen, bleiben Kapitalfehlleitungen natürlich Kapitalfehlleitungen. Für

die Banken wird aber eingefrorenes Kapital in flüssiges verwandelt.

Ob neue Notenbankkredite in Anspruch genommen werden, hängt von der Konjunktur ab. Wir wenden uns hier nicht gegen das Anbieten neuer Kredite, sondern gegen die Verwendung so miserabler Kreditunterlagen und gegen die Verschleierung der Verluste aus früheren Bankgeschäften.

Daneben: Ein Eisschrank.

Neben die „Auftauungsanlage“ wird ein Eisschrank gestellt: Benutzer und Bedienungspersonal werden bei beiden Einrichtungen weitgehend dieselben sein. Während die Lebensdauer der Auftauungsanlage auf 5 Jahre bemessen ist, soll der Eisschrank 25 Jahre in Betrieb bleiben (also voraussichtlich durch mehrere kapitalistische Krisen hindurch!).

Der Eisschrank, genannt „Tilgungskasse für gewerbliche Kredite“, wird Forderungen von Banken aufnehmen, die man beim besten Willen nicht als „einwandfrei“ bezeichnen und daher auch nicht in die Auftauungsanlage bringen kann.

Als Garantie für diese oberfaulen Forderungen sollen 30 Millionen Mark Garantie aus dem Garantiefonds der deutschen Industrie entnommen werden, der von 1000 der größten deutschen Firmen zur Zeit der Bankenkrise zu Gunsten der Deutschen Golddiskontbank gezeichnet wurde. Man sieht: Alle möglichen alten Einrichtungen werden den neuen Zeit-

erfordernissen dienstbar gemacht! Die Industriellen garantieren gegenüber einer neuen Firma solche Forderungen von Banken an Industrielle, die auf dem ersten Blick als faul zu erkennen sind. — Die Banken selber, die sich des Eisschranks bedienen wollen, müssen während der ersten vier Jahre 1½ Prozent der eingebrachten Forderungen bezahlen — als eine Art Versicherungsprämie —, ferner müssen sie Tilgungsraten bezahlen, dies jedoch nur aus ihren Reingewinnen.

Der Nutzen des wohl absichtlich reichlich kompliziert konstruierten Eisschranks für die Benutzer ist ebenso klar wie bei der Auftauungsanlage:

Verfehlte Industriefinanzierungen durch Bankkredite werden in den Bankbilanzen unsichtbar. An ihre Stelle treten in den Bankbilanzen Forderungen an ein angeblich besseres Unternehmen, die Tilgungskasse. Dieser merkwürdige Eisschrank hat also die

Aufgabe, faule Forderungen zu konservieren, damit sie nicht zu arg zum internationalen Finanzhimmel stinken, und die Banken nach außen hin als „flüssig“ erscheinen zu lassen.

Auch die oberfaulsten Kredite nach Einbringung in den Eisschrank zur Grundlage neuer Notenbank-Kredite zu machen, davon will man für dieses Mal noch absehen. Man will sich darauf beschränken, für Verluste aus der Vergangenheit in einer „besseren Zukunft“ Deckung zu suchen. Ob diese bessere Zukunft aber überhaupt kommt, wenn man sie so mit den Folgen der Vergangenheit belastet?

Bilanzwahrheit auf Eis gelegt.

Vom Grundsatz der Bilanzwahrheit wird mit Hilfe der beiden neuen Institute so offen abgewichen werden, daß man sich fragen könnte: Welchen Zuwachs an Vertrauen versprechen sich die Banken eigentlich von diesen Manövern? Gewiß, Beunruhigung wird vermieden. Aber: um welchen Preis?

Betrügern und betrogenen Betrügern könnten wir ihre Freude lassen, wenn sie nicht für andere eine neue Belastung mit sich brächte. Die letzten Endes Betrogenen werden nämlich weder die Banken noch ihre industriellen Schuldner sein, sondern alle diejenigen, die durch hochgehaltene Preise dazu herangezogen werden, alte Verluste aus künftigen Gewinnen zu decken. Die Verschleierung des Bankerotts geht — wie nicht anders zu erwarten — nicht auf Kosten der Bankerott-Kandidaten, sondern auf Kosten der Klasse der Ausgebeuteten.

Die Verschleierung hilft den Ruhm der großen „Wirtschaftsführer“ und diesen dadurch ihre hohen Gehälter erhalten, — zu Lasten der Ausgebeuteten. Ferner: Zinsen und Divi-

denden für volkswirtschaftlich gesehen sinnlos vertanes und darum verlorenes Kapital können nur aufgebracht werden bei Belastung der Käufer durch Hochhaltung der Preise oder der Arbeiter durch Niederhaltung der Löhne. Nur durch Bankerotte, das heißt durch endgültigen Verzicht von Kapitalisten auf Vermögen, kann eine solche Belastung der Ausgebeuteten vermieden werden. Durch Bankerottverschleierung wird sie geradezu gesichert.

Soweit man hört, wird das Reich, auch unter dem „sozialen“ General, bei der hier beschriebenen Bankerottverschleierung en gros durch eine Verordnung helfen, die jene 30 Millionen Mark Industrie-Garantie festlegt und außerdem besondere Bilanzierungs-Vorschriften gibt, um die Benutzung von Eisschrank und Auftauungsanlage zu erleichtern. Man kann also wohl sagen:

Die Bilanzwahrheit wird mit Staatshilfe auf Eis gelegt.
Rpt.

Krupp-Bilanz.

Verlust 1931/32: 15,2 Millionen Mark. Im Geschäftsjahr, das am 30. September 1932 abließ, ergab sich dieser Gesamtverlust unter Einbeziehung der Verluste bei den konzernzugehörigen Unternehmungen: 390 000 Mark beim Gruson-Werk (Magdeburg), 770 000 Mark bei der Germania-Werft (Kiel), 260 000 Mark bei der A.-G. für Unternehmungen der Eisen- und Stahl-Industrie (Berlin), der Kruppschen Holding-Gesellschaft für Verwaltung von Wertpapieren und Beteiligungen.

Umsatz in zwei Jahren halbiert: Im Jahr 1929/30 betrug der Umsatz noch 389 Millionen, im folgenden Jahr 265 Millionen, im soeben abgeschlossenen Geschäftsjahr nur noch 169 Millionen Mark. Der Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr betrug bei Lastkraftwagen 46 Prozent, bei Registrierkassen 51 Prozent, bei Landmaschinen sogar 62 Prozent.

Die Friedrich-Alfred-Hütte, die größte Hütte der Firma Krupp, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr nur periodenweise gearbeitet. Während der Betriebsperiode (durchschnittlich 12 Arbeitstage im Monat) standen von den 10 Hochöfen nur jeweils 3 unter Feuer.

FRANKREICH

Unverändert 25 Prozent Dividende bei Schneider-Creusot: Diese Rüstungsfirma weist einen Gesamtgewinn von 256,6 Millionen Francs im Vorjahr auf. Dividende wie im Vorjahr: 25 Prozent. Die Besitzer des Aktienkapitals von insgesamt 100 Millionen Francs erhalten also während zwei Krisenjahre insgesamt die Hälfte des Aktienkapitals als Reingewinn ausgezahlt! Man sieht: Die Rüstungsindustrie befindet sich in keiner Krise.

DEUTSCHLAND

	1931		1932	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Kohlenbergbau:				
Steinkohlen:				
Ruhrbezirk	7250	6788	6678	6867
Westoberschlesien	1624	1470	1409	1447
Braunkohlen:				
Mitteldeutschland	8463	7540	7802	7548
Rheinland	4026	3617	3422	3605

Im Vorjahr fiel, in diesem Jahr stieg die Förderung in sämtlichen vier Gebieten!

Sowjet-Finanzen, Sowjet-Banken.

H. Nagler: „Die Finanzen und die Währung der Sowjet-Union. Betrachtungen zur Finanz- und Währungspolitik der UdSSR.“ Rowohlt, Berlin, 154 Seiten, 3,50 Mark.

Bei der sowjetrussischen Finanzpolitik handelt es sich um eines der im Auslande am wenigsten bekannten und erörterten Probleme der Sowjet-Wirtschaft. Deshalb wäre es durchaus zu begrüßen, wenn von sachkundiger Seite eine eingehende Darstellung des Mechanismus geboten würde, der die riesigen Finanzierungsaufgaben der Sowjet-Union zu bewältigen hat, ferner der Probleme und Schwierigkeiten, die mit jenen Aufgaben verbunden sind. Leider muß von vornherein gesagt werden, daß die vorliegende Schrift die erwünschte Aufklärung nur sehr bedingt und in bescheidenem Ausmaße liefert.

Der Verfasser ist im Finanzressort der Sowjet-Union an leitender Stelle tätig. Er bekleidet dort den Posten eines Vizechefs des Finanzplan- und Budgetdepartements. „Einen besseren und gediegeneren Führer als dies Buch durch das sowjetrussische Finanzsystem dürfte es kaum geben“, schreibt der Verlag auf dem Buch-Umschlag. Wir wollen die Eignung des Verfassers nicht in Abrede stellen, müssen aber leider sagen, daß eine „gediegene Führung“ in dieser Arbeit nicht gegeben wird.

An Tatsachen-Material über die Struktur des Haushaltes und des Finanzplanes der Sowjet-Union wird in dem 18 Seiten starken Anhang mehr geboten als auf den 134 Seiten der Arbeit selber, die mit langatmigen und stark propagandistisch anmutenden Ausführungen über die Natur des Sowjet-Geldes und über die Bedeutung der wirtschaftlichen Rechnung in der Sowjet-Union ausgefüllt sind.

Der Verfasser beginnt damit, den produktiven Charakter des Sowjet-Budgets durch eingehende Darlegungen und Vergleichen herauszuarbeiten, die aber leider ihre Wirkung verfehlen, weil die zur Vergleichung herangezogenen Größen unvergleichbar sind. Gewiß dient der größte Teil des Sowjet-

Budgets — im Gegensatz zu anderen Staatsbudgets — produktiven Zwecken. Man darf aber nicht übersehen, daß der Staatshaushalt der Sowjet-Union Kapitalien zu beschaffen hat, die in der übrigen Welt ohne Staatshilfe aufgebracht werden. Ferner ist ja damit, daß der Löwenanteil der Staatsausgaben der Wirtschaft, und nicht der Verwaltung, und Wehrmacht zufließt, noch nicht bewiesen, daß die Mittel zweckmäßig verwendet werden.

Bei der Beurteilung der sowjetrussischen Steuerpolitik muß man berücksichtigen, daß auch die Gewinne der Unternehmungen nur aus dem Preisdiktat des Staates herrühren, sodaß die Preise der Staatsunternehmung schon an und für sich (von der außerordentlich hohen Umsatzsteuer ganz abgesehen) eine Art Akzise zu Gunsten der Staatswirtschaft enthalten. Dr. Nagler dagegen versucht sogar nachzuweisen, daß die Umsatzsteuer in der Sowjet-Union keine indirekte Steuer im eigentlichen Sinne des Wortes sei, weil der Fall „zum mindesten denkbar wäre“, daß der Staat „die Ueberwälzung dieser Steuer dadurch verhinderte, daß er die ihm obliegende Festsatzung der Verkaufspreise auch weiterhin genau in der gleichen Höhe bewirkte, wie vor Erhöhung der Umsatzsteuer“ (Seite 23). Der Fall ist allerdings heute schwer „denkbar“, weil sonst der geplante Gewinn sinken müßte, der ohnehin nicht ausreicht, weswegen die Umsatzsteuer gesteigert werden muß. Wenn der Fall aber auch theoretisch denkbar ist, so ist er tatsächlich jedenfalls „nicht der Fall“. Denn es ist bekannt, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer zu einer sprunghaften Steigerung aller Preise geführt hat.

Wir können in diesem Rahmen auf die faustdick aufgetragene Propaganda in Bezug auf den Wert des Sowjet-Geldes, die ihm jetzt innewohnende Kaufkraft, nicht ausführlich eingehen. Ein paar Stellen seien aber hier zitiert. Auf Seite 46 heißt es: „Durch das System starrer Regulierung der Preise wird bezweckt und erreicht (!? B. W.), daß ... den werktätigen Massen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse an industriellen und landwirtschaftlichen Produkten bei stabiler Kaufkraft des Sowjet-Rubels gewährleistet ist.“ Warum gehen die Preisangaben nur bis zum 1. Januar 1931, obwohl das Buch mit einem Parteibeschluß vom Februar 1932 beginnt? Die tatsächlichen Verhältnisse werden in der

„Schlußbetrachtung“ (auf Seite 132) richtiger geschildert: „Sie (die werktätigen Massen) entbehren, indem sie auf die Zukunft hoffen und rechnen; entbehren, um den Sozialismus aufzubauen und so den Kommunismus vorzubereiten.“

Der Verfasser selber nimmt also die „Befriedigung der Bedürfnisse bei stabiler Kaufkraft“ nicht ganz ernst, denn sonst könnte ja von Entbehrungen nicht die Rede sein.

Der größte Teil des Buches beschäftigt sich mit der Kreditreform und der wirtschaftlichen Rechnung, richtiger: mit der diesbezüglichen Politik des Finanzkommissariats und der Staatsbank. Diese Politik ist in der Sowjet-Union selber stark umstritten. Die Industrie hat ihr starke Hemmungen zu verdanken, die in der Darlegung Dr. Naglers nicht einmal angedeutet werden, wohl weil er nur auf die Verteidigung der Politik seines Ressorts bedacht ist.

Das viel zu spärliche wissenschaftliche Material, das in dem Buche verstreut ist, geht durch die allzu langatmige Darstellung dem wenig in der Materie Bewanderten sicher zum großen Teil verloren.

B. W.

Dr. Alexander Schick: „Das Sowjetbankwesen und die Rolle in der Sowjetwirtschaft.“ Ost-Europa-Verlag, Königsberg und Berlin, 100 Seiten, 4,50 Mark.

Dieses Buch füllt eine Lücke der Naglerschen Darstellung aus: es zeigt das Bank- und Geldwesen der Sowjet-Union im Werden. Sein Mangel ist, daß der größte Teil des Inhaltes nicht mehr aktuell ist. Immerhin aber liefert das Buch eine Fülle objektiven Materials und gibt dem dafür interessierten Leser einen Einblick in die Entwicklung der Banken-, Kredit- und Währungspolitik der Sowjet-Union bis 1930. Auch die Kreditreform von 1930 wird noch dargestellt, nicht aber die Novelle zur Kreditreform von 1931 und die darauf folgenden Erlasse. Das Buch gibt also keinen Aufschluß über die neueste Entwicklung der sowjetrussischen Kreditpolitik, die in der Naglerschen Schrift ausführlich behandelt wird. Dr. Schick behandelt außerdem die öffentlichen Finanzen fast gar nicht. Die beiden Bücher ergänzen sich auf diese Weise gegenseitig, allerdings ohne ein erschöpfendes und klares Bild der Finanzverhältnisse zu geben.

B. W.